

# Pflicht: Gute Unterrichtsversorgung

Eine gute Unterrichtsversorgung aller unserer Schüler muss ganz oben stehen auf der politischen Tagesordnung von Landesregierung und Landtag. Es wurde einiges auf den Weg gebracht – es läuft aber nicht alles rund, und immer wieder bin ich mit Problemen bei der Unterrichtsversorgung konfrontiert.

Bereits im Herbst 2011 hat die grün-rote Mehrheit im Landtag einen Nachtragshaushalt auf den Weg gebracht mit wichtigen Weichenstellungen für eine gute Unterrichtsversorgung:

- 2,8 Millionen Euro zusätzlich für Krankheitsvertretungen
- Rund 711 Lehrerstellen wurden nicht gestrichen, obwohl sie ursprünglich aufgrund des Schülerrückgangs zur Streichung vorgemerkt waren.
- Der Klassenteiler für weiterführende Schulen wurde von 31 auf 30 gesenkt.

Ich hatte mich beim Schulamt und beim Regierungspräsidium danach erkundigt, ob diese Maßnahmen auch wirken bei der Unterrichtsversorgung vor Ort. Nach Auskunft des Regierungspräsi-

diums wurde das Unterrichtsdefizit an den Berufsschulen von 4,8 auf 2,6 Prozent gesenkt und bei mehr Lehrerstunden pro Schüler ging das Regierungspräsidium insgesamt von einer vergleichbaren Unterrichtsversorgung wie im Vorjahr aus.

Im Haushalt 2012 wurden mit einer gewaltigen finanziellen Kraftanstrengung 3 300 von der alten Regierung zur Streichung vorgesehene Lehrerstellen in die Unterrichtsversorgung zurückgeführt und 200 zusätzliche Stellen für Krankheitsvertretungen bereitgestellt.

Baden-Württemberg ist im Ländervergleich Schlusslicht in der Lehrerreserve. Deshalb will die neue Landesregierung

jedes Jahr 200 Stellen aufstocken, bis der Bundesdurchschnitt von 2,5 Prozent erreicht ist. Trotz dieser Maßnahmen gibt

es – vor allem bei Vertretungen im Krankheitsfall – Probleme bei der Unterrichtsversorgung. In mehreren Eingaben habe ich mich an das Kultusministerium gewandt und mich nun gefreut, dass jetzt weitere 2,5

Millionen Euro für Krankheitsvertretungen bereitgestellt wurden, um auf dringende Härtefälle reagieren zu können.

Grundsätzlich müssen Kultusministerium, Regierungspräsidium und die Schulämter klären, wieso eine auf dem Papier bessere Lehrerversorgung nicht zu einer erkennbar besseren Unterrichts-

versorgung vor Ort führt.

Immer wieder kam mir von Lehrern zu Ohren, dass zu viel Zeit mit zu wenig Nutzen eingesetzt wird für die Bewertung von Schulkonzepten durch Lehrer von außen. Diese Bewertung (sogenannte Fremdevaluation) kostet einerseits die Lehrer viel Zeit und bindet auch 145 Lehrerstellen, die nicht dem Unterricht zur Verfügung stehen. Die Schulleitungen wurden in den vergangenen Jahren mit zusätzlichen Verwaltungsaufgaben belastet. Ferner sind 5 800 Lehrerstellen (rund 5 Prozent) außerhalb des Unterrichts eingesetzt.

Klar ist, dass eine funktionierende Verwaltung im Schulamt, im Regierungspräsidium und in der Aus- und Weiterbildung gute Lehrer benötigt. Hier sollte aber auch überprüft werden, ob nicht ein Spielraum vorhanden ist, Stellen in die Unterrichtsversorgung umzuschichten.

... der  
**SPD-Landtags-  
abgeordnete**  
**Gernot Gruber**

